

Lale Akgün

Rassismus gegen Menschen mit türkischen Familienbezügen in Deutschland

Abstract

Racism against People with Turkish Family Background in Germany

Almost three million people live in Germany who themselves or their families come from Turkey. Turks are thus the largest ethnic minority in Germany. Although immigration began 60 years ago and people of Turkish origin are found in all social groups, they are still the preferred victims of discrimination and racism.

In Germany, "the Turk" generally stands for the "foreigner". With prejudices and clichés, the majority of society works off this constructed image of "the Turk". Over the decades, racism has changed from the "völkisch" mindset, as it was still evident in the Heidelberg Manifesto, to cultural racism. In Germany racism manifests itself individually, structurally, and in quite a few cases ends in violence and murder. But as the global change from fairly homogeneous societies to multi-cultural and multi-religious ones is also evident in Germany, this country must finally face up to the question of racism, even if much too late.

Dr. Lale Akgün

Jahrgang 1953, geboren in Istanbul, ist Dipl.-Psychologin, approbierte Psychotherapeutin und hat an der Albertus-Magnus-Universität Köln promoviert. Sie ist Familientherapeutin und war stellvertretende Leiterin der Familienberatung Köln, Leiterin des von ihr mit aufgebauten Landesentrums für Zuwanderung NRW, von 2002–2009 MdB der SPD, Gruppenleiterin für internationale Angelegenheiten und Eine-Welt-Politik und Leiterin von newtrade nrw in der Staatskanzlei NRW, seit 2017 Senior Fellow an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

Kontakt: info@laleakguen.de sowie über www.laleakguen.de

Der vorliegende Text ist die aktualisierte und erweiterte Fassung eines Beitrags, den die Autorin anlässlich des Online-Symposiums des Wissenschaftlichen Beirats der Südosteuropa-Gesellschaft am 12. Februar 2021 gehalten hat. Titel: „Ein Ziel von deutschem Rassismus: Menschen aus Südosteuropa und der Türkei“. Der Beitrag wurde fertig gestellt im Mai 2021.

Während meiner Zeit als Mitglied des Deutschen Bundestages hielt ich in der Evangelischen Akademie Tutzing einen Vortrag. Nach dem Vortrag kritisierte eine Teilnehmerin den Inhalt meines Vortrages heftig, was jedoch ihre Wut nicht genug besänftigte. „Und überhaupt“, rief sie weiter in den Saal, „was soll das mit einem Bundestagsmandat für Sie? Sie sprechen gut Deutsch, machen Sie Sozialarbeit bei Ihren Landsleuten!“

Vor kurzem fragte mich eine junge Frau mit „türkischem Migrationshintergrund“, ob ich überhaupt über Rassismus reden könne, ich hätte bei meiner Biographie bestimmt nie Rassismus erfahren. Ich musste sie eines Besseren belehren. Oh doch! Auch ich habe genug Rassismus erfahren, in all den 60 Jahren, die ich in Deutschland lebe. Natürlich auf eine andere Art als es bildungsferne Menschen mit schlechten Deutschkenntnissen und/oder dunkler Hautfarbe erfahren. Trotzdem sollte festgehalten werden, dass Rassismuserfahrung nicht von der Bildung abhängt, nicht von der gesellschaftlichen Position, nicht vom Einkommen. Es reicht, Türkin zu sein! Nicht nur grölende Nazis, auch die Eliten dieses Landes haben sich in Bezug auf Rassismus nie einen Maulkorb umgelegt. Wozu auch? Man ist ja schließlich Herr im Haus und wird noch seine Meinung sagen dürfen.

1961 ausgewandert – 2021 immer noch nicht angekommen

Wenn wir den Rassismus gegen Menschen mit türkischen Familienbezügen verstehen wollen, müssen wir zurück in das Jahr 1961. Damals schloss die Bundesrepublik mit der Türkei ein Anwerbeabkommen ab. Dieses Abkommen ist die Grundlage der Migrationsbewegung aus der Türkei nach Deutschland und gleichzeitig der Konstruktionsfehler für die asymmetrischen Beziehungen zwischen den Türken und den Deutschen in diesem Land. Gehen wir von der klassischen Definition aus, wonach Rassismus eine Lehre oder Theorie ist, nach der Menschen beziehungsweise Bevölkerungsgruppen mit bestimmten biologischen oder ethnisch-kulturellen Merkmalen anderen von Natur aus über- beziehungsweise unterlegen sein sollen. Allein wenn wir diese sehr allgemeine Definition zur Grundlage nehmen, wird deutlich, dass es zwischen Türken und Deutschen seit 60 Jahren ein Oben und ein Unten gibt und Menschen aus der Türkei mehrheitlich als „die da Unten“ angesehen werden.

Damit es keine Missverständnisse gibt: Ich zähle mich nicht zu denen, die allein die Anwerbung von Gastarbeitern als Arbeitskräfte als rassistisch bezeichnen. Es geht darum, hier aufzuzeigen, was passiert, wenn migrationsträchtige Politiken – und sei es nur die Anwerbung von Arbeitskräften – am grünen Tisch beschlossen werden und sich dann ganz anders entwickeln als geplant. Damals wurden vor allem Arbeitnehmer*innen für un- und angelernte Tätigkeiten gebraucht und auch gezielt angeworben. Sie sollten nach einem Rotationsprinzip zwei Jahre später Deutschland verlassen, um neuen Arbeitskräften Platz zu machen. Dieser Plan ist nicht weiterverfolgt worden; nicht aus Rücksicht auf die Menschen, sondern weil die Industrie nicht damit einverstanden war, bereits angelernte und erfolgreich arbeitende Mitarbeiter*innen gegen neue auszutauschen.

Die Politik hätte es wissen müssen: Wer über Jahre – von 1961 bis zum Anwerbestopp 1973 – und dann ab 1973 im Rahmen der Familienzusammenführung in Form von Kettenmigration vor allem bildungsferne Menschen anwirbt, sie in Arbeiterheimen weit weg von normalen Kontakten unterbringt und ihre Anwesenheit als *passager* betrachtet, sorgt dafür, dass keine Normalverteilung im Gauß'schen Sinne stattfinden kann. Das heißt, dass diese Menschen doppelt diskriminiert sind: als Einwanderer und als sozial Benachteiligte. Die Regierenden redeten sich über Jahre damit heraus, Deutschland habe damals eine ungeplante Anwerbepolitik betrieben. Wenn eine Regierung auf der Grundlage von Gesetzen systematisch Arbeitskräfte anwirbt, sollte das wohl als Politik bezeichnet werden. Es wäre

aufrichtiger zu sagen, dass die Bundesregierung die Folgen der Arbeitskräfteanwerbung billigend in Kauf genommen hat und davon ausgegangen ist, dass diese Menschen „irgendwann und irgendwie zurückgehen“.

In der Gesellschaft wurden diese, zumeist bildungsfernen, Menschen aus agrarischen, patriarchalen Verhältnissen unter nationalen Gesichtspunkten in die große Schublade „Türken“ eingeordnet und sind bis heute in dieser Schublade verblieben. Sie waren 1961 Türken und sind es heute auch. Wenn auch etwas weichgezeichnet als „Menschen mit türkischem Migrationshintergrund“ oder „Menschen mit türkischen Familienbezügen“. Das Bild des „Türken“, das aus Versatzstücken der Wahrnehmung konstruiert wurde, war eine Mischung aus Kopftuch, Gemüsehändler und „orientalischer“ Kultur. Mal als Bedrohung der zivilisierten europäischen Gesellschaft dargestellt, mal – als Gegenbewegung dazu – nett gekuschelt und als „Bereicherung“ überzeichnet. Übrigens waren und sind die „Türken-Versteher“ – angefangen von ihren Sprüchen wie „Die Türken sind ein stolzes Volk“ bis zur kulturellen Verniedlichung von Ehren-Feminiziden – im Grunde genommen nichts anderes als positive Rassisten. Bedrohung versus Bereicherung: Den Türken war es nie vergönnt, als Teil des Mainstreams wahrgenommen zu werden.

Der Fisch stinkt vom Kopf her

Unterdessen wetteiferten Politik und Presse geradezu darum, die Türken als Problemgruppe zu identifizieren und ihre Sicht der Dinge mit robusten Worten zu belegen. Die Intention dahinter war klar: Der Politik ging es um Wählerstimmen – zu viel Nähe zu Türken kam in bestimmten Wählerkreisen nicht gut an – und der Presse um Auflagen, nach dem Motto „bad news are good news“. Das seriöse Politmagazin DER SPIEGEL titelte im Heft 31/1973: „Ghettos in Deutschland – eine Million Türken“, und weiter: „Die Türken kommen – rette sich, wer kann“. Weiter hieß es im SPIEGEL:

„Fast eine Million Türken leben in der Bundesrepublik, 1,2 Millionen warten zu Hause auf die Einreise. Der Andrang vom Bosphorus verschärft eine Krise, die in den von Ausländern überlaufenen Ballungszentren schon lange schwelt. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen: Es entstehen Ghettos, und schon prophezeien Soziologen Städteverfall, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem.“¹

Aus heutiger Sicht sind einige der Formulierungen in diesem Artikel durchaus als rassistisch zu „lesen“. Vielleicht wäre es an der Zeit, dass DER SPIEGEL diesen Artikel politisch aufarbeitet. Aber nicht nur DER SPIEGEL. Die damals gezeichneten Bilder über *die* Türken haben bis heute nichts an ihrer Wirkung eingebüßt. Ich möchte an dieser Stelle an die Bilder in der Tagesschau erinnern, die gerne zum Beginn des Sommer- und Winterschlussverkaufs gesendet wurden: Kopftuchträgerinnen, die mit ihren Kindern auf Plastiktüten sitzen. Die Vorurteile, die damals entstanden sind, halten sich hartnäckig. Bis heute. Aber nicht nur die Presse hat einiges aufzuarbeiten, auch die Politik müsste über den Schaden sinnieren, der durch Formulierungen aus ihrer Mitte entstanden ist.

„Wenn das so weitergeht, ersaufen wir einfach“, wird Bezirksbürgermeister Günther Abendroth von der SPD in dem Artikel zitiert, angesichts der Tatsache, dass es in Kreuzberg Häuserzeilen gebe, wo bereits 80 Prozent der Bewohner Türken sind. Man registriere die

1 <https://www.spiegel.de/politik/die-tuerken-kommen-rette-sich-wer-kann-a-5b1ba6e5-0002-0001-0000-000041955159>

Metapher von Wellen: Die Flüchtlingswelle hatte also einen Vorläufer, und das war die Türkenwelle, die Deutschland beinahe unter sich begraben hätte. Die Zahlen waren in der Tat schnell gewachsen. Von 8.707 türkischen Staatsbürgern im Jahre 1961 auf 453.000 im Jahre 1971.²

Hatte man 1973 – wie man dem obigen Artikel entnehmen kann – angesichts von einer Million Türken den Kollaps der deutschen Großstädte herbeiphantasiert, so war die Zahl im Jahre 1981 auf 1.546.000 gestiegen, ohne dass das Rückgrat des Abendlandes zerbrochen war.

Aber diese Zahl reichte aus, um dem rassistischen Gedankengut, welches das dritte Reich überlebt hatte, wieder öffentlich Raum geben zu können. Vielleicht sollte hier angemerkt werden, dass der Rassismus weder durch die Wiedervereinigung noch durch die sozialen Medien wiederauferstanden und salonfähig geworden ist. Er war nie weg, auch nicht in den bürgerlichen Kreisen. Es hatte wohl nur das richtige Objekt rassistischer Projektionen gefehlt. Jetzt, mit der Anwesenheit von knapp 1,5 Millionen Türken, war diese Möglichkeit gegeben. Wie sonst sollte man das 1981 erschienene „Heidelberger Manifest“ erklären? Unterschrieben von 15 deutschen Hochschulprofessoren. Dieses Manifest ist ein Beispiel dafür, dass Rassismus nicht von sich aus in der braunen Schmutzdecke entsteht und gedeiht; der Mob auf den Straßen hatte schon immer „Vordenker“, die den ideologischen Rahmen für rassistisches Verhalten steckten. Gestern wie heute. In diesem Fall ist von „Überfremdung des deutschen Volkes“ die Rede, von „Unmöglichkeit der Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer“. „Einen rassistischen Vorgang dieser Art hatte es seit dem „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler“ und dem Versprechen einer „volksgebundenen Wissenschaftspflege“³ rund fünfzig Jahre zuvor nicht mehr gegeben.“, schreibt Andreas Wagner.⁴

Anfang der 80er Jahre war es keine Seltenheit mehr, an Hauswänden „Türken raus!“ zu lesen. Auch die sogenannten Türkenwitze nahmen Fahrt auf. „Frage: Was ist der Unterschied zwischen den Juden und den Türken? Antwort: Die Juden haben es hinter sich, die Türken vor sich.“ „Frage: Was ist der Unterschied zwischen einem Eichhörnchen und einem Türken? Für Eichhörnchen bremst man.“ Es ist von „Türkenkoffern“ für Plastiktüten die Rede, von der neuen Geschmacksrichtung der Ritter Sport Schokolade für Türken: Vollmilch-Knoblauch-Nuss.

1983 beschloss die Bundesregierung die sogenannte „Rückkehrhilfe für Türken“, mit der sie die Zahl der Türken in Deutschland zu reduzieren hoffte. Über die sozialen und gesellschaftlichen Folgen dieses Ansinnens sollte an gesonderter Stelle diskutiert werden. Allein der verbale Umgang mit dieser Gruppe zeigt größte Instinktlosigkeit, von der politischen Rücksichtslosigkeit ganz abgesehen, denn die sogenannten Rückkehrhilfen kapitalisierten die eingezahlten Rentenbeiträge der Menschen und trieben sie mit ein bisschen Geld in der Hand in die Verelendung. Die Politik hatte sich zum willfährigen Handlanger der vermeintlich gesellschaftlichen Interessen gemacht. Zuvor hatte Kanzler Helmut Kohl in einem Gespräch mit der damaligen britischen Premierministerin Margret Thatcher gesagt, über die nächsten vier Jahre werde es notwendig sein, die Zahl der Türken um 50 Prozent zu reduzieren – aber er könne dies noch nicht öffentlich sagen; und weiter: Es sei unmöglich für Deutschland, die Türken in ihrer gegenwärtigen Zahl zu assimilieren. In Bezug auf Türken

2 https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/WorkingPapers/wp81-tuerkeistaemmige-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=12

3 https://dewiki.de/Lexikon/Bekenntnis_der_deutschen_Professoren_zu_Adolf_Hitler

4 Andreas Wagner, Das „Heidelberger Manifest“ von 1981, in: Johanna Klatt / Robert Lorenz (Hrsg.), Manifeste, Bielefeld: transcript Verlag, 2014, S. 285–314., <https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792.285>

war Helmut Kohl, immerhin 16 Jahre Kanzler dieses Landes, schon immer skeptisch. „Nicht integrationsfähig und auch im Übrigen nicht integrationswillig“ sei die größte Gastarbeitergruppe in der Bundesrepublik, urteilte er schon als Oppositionschef der CDU.⁵

Sein Vorgänger im Amt, der Sozialdemokrat Helmut Schmidt, war in dieser Frage auch nicht viel konstruktiver. Noch 2004 sagte er in einem Interview mit dem Hamburger Abendblatt: „Mit einer demokratischen Gesellschaft ist das Konzept von Multikulti schwer vereinbar [...] wenn man fragt, wo denn multikulturelle Gesellschaften bislang funktioniert haben, kommt man sehr schnell zum Ergebnis, dass sie nur dort friedlich funktionieren, wo es einen starken Obrigkeitsstaat gibt. Insofern war es ein Fehler, dass wir zu Beginn der 60er Jahre Gastarbeiter aus fremden Kulturen ins Land holten.“⁶

Ich schrieb daraufhin dem Genossen Helmut Schmidt einen Brief und wir trafen uns in Hamburg, um über dieses Interview zu diskutieren. Was mich am meisten störte, war der Umstand, dass er es als Fehler bezeichnete, dass Arbeitsmigranten gekommen waren. Denn damit machte er nicht nur die Anwesenheit der Türken zu einem Fehler, er sprach auch den Nachkommen dieser Menschen, die zum Teil in diesem Land geboren waren, das Recht ab, sich als Bürger Deutschlands zu empfinden.

Wir lagen nicht nur inhaltlich sehr weit auseinander, auch stieß ich auf so viel Arroganz und Bräsigkeit von Seiten des ehemaligen Kanzlers, wie ich es nicht erwartet hätte. Für Helmut Schmidt war und blieb ich eine Türkin, ethnisch, kulturell, auch als Genossin, auch als Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion. Die Vorstellung, dass ich mich kulturell oder politisch hätte integrieren oder gar assimilieren können, war außerhalb seiner Vorstellung. Von Augenhöhe keine Spur. Dagegen jede Menge kulturelle und patriarchale Überlegenheit. War Helmut Schmidt ein Rassist? Natürlich nicht. Er war ein überzeugter Sozialdemokrat und ein würdiger *elder statesman*. Es war sein Selbstverständnis über die Verhältnisse in Deutschland. Es war sein Land – dabei würde ich die Betonung auf das Possessivpronomen legen – und die Türken waren für die Arbeit geholt worden. Sie gehörten einfach nicht zu denen, die am Diskurs über die Entwicklung dieses Landes teilnehmen durften. Punkt.

Deutschland – ein ethnisch homogener Nationalstaat?

Die Tatsache, dass Deutschland niemals ein abgeschlossener Kulturraum war oder ist, sondern ein sich immerfort entwickelndes Gebilde, das sich durch Einwanderung, politische Veränderungen und kulturelle Neuerungen kontinuierlich verändert, war bei Helmut Schmidt auch 2004 nicht angekommen. Ich frage mich, ob diese Tatsache 2021 bei allen angekommen ist oder ob nicht die meisten immer noch einer Deutschtümelei hinterherlaufen. Dabei ist das, was wir Deutschland nennen, von jeher ein Sammelbegriff für die Gesamtheit seiner kulturellen und sprachlichen Gruppierungen, Ereignisse und Errungenschaften. Deutlicher gesagt: Deutschland ist und bleibt ein Dachverband seiner Kultur- und Sprachgruppen. Nichts daran ist rassistisch oder ethnisch. Am Anfang war die Sprache Deutsch, gleichwohl in verschiedenen Dialekten, das einigende Band der Deutschen. Etymologisch gesehen geht der Begriff „Deutsch“ auf ein germanisches Wort zurück und bedeutet so viel wie „dem Volke zugehörig“. Dem Volke zugehörig sind also diejenigen, die

5 Vergleiche dazu <https://www.sueddeutsche.de/politik/sohn-von-helmut-kohl-peter-kohl-kritisiert-auslaenderpolitik-seines-vaters-1.1743476>

6 <https://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article106931175/Wieviel-Anatolien-vertraegt-Europa.html>

Deutsch sprechen. Aber – was zählen schon Fakten angesichts von vorurteilsbehafteten Gewissheiten?

Stattdessen herrscht die Annahme, Deutschland sei eine ethnische Einheit. Die historische Tatsache, dass es die nationalen und nationalistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts waren, die eine solche Einheit konstruierten und schließlich ins öffentliche Bewusstsein brachten, wird gern ignoriert. Dieser Volksgedanke, der später im Nationalsozialismus zu einer Blut-und-Boden-Ideologie pervertiert wurde, war schlechthin der Versuch, aus einer „verspäteten Nation“⁷ die zuvor ein Flickenteppich aus Königreichen und Fürstentümern war, eine schlagkräftige Einheit – die deutsche Nation – herbei zu konstruieren. Ein gelungener Coup der Preußen. Schade allerdings, dass dabei verlorengegangen ist, dass Deutschland einem Mosaik gleich aus vielen Teilen besteht: Die bayerische Kultur gehört ebenso dazu wie die alemannische und die jüdische, und ebenso die Traditionen vieler osteuropäischer Länder. Dazu kommt die geografische Lage im Herzen Europas: ein Transitgebiet für die unterschiedlichsten Menschen. Carl Zuckmayer hat dafür in seinem Drama „Des Teufels General“ die Metapher von der „Völkermühle Europas“ benutzt.

In der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte sollte eigentlich allen Akteur*innen bewusstwerden, dass es gerade der deutschen Nation, die in Wahrheit „nur“ über die Sprache und Kultur verbunden ist, besonders leichtfallen sollte, Zugewanderte in sich aufzunehmen, wenn diese sich mit Sprache und Kultur identifizieren. Deutschland könnte sich aufgrund seiner Genese und der Geschichte als ein republikanisches Land par excellence begreifen. Und als Melting Pot unterschiedlichster Kulturen. Aber anscheinend geht es nicht darum.

Wem gehört Deutschland?

Eine entscheidende Frage ist und bleibt, wem dieses Land vermeintlich gehört. (Wobei es klüger wäre zu fragen, wer zu diesem Land gehört.) Dabei ist nicht die Stärke der Gruppe entscheidend, sondern ihre echte oder gefühlte Machtposition. Wie sagte vor wenigen Jahren eine Türkin in Skopje auf meine Frage, wie es denn sei, als Minderheit zu leben: „Wieso Minderheit? Wir sind doch keine Minderheit, wir waren 500 Jahre die Herren in diesem Land.“ Womit auch noch einmal deutlich wird, dass es nicht an einer bestimmten Gruppe liegt, ob sie diskriminiert wird oder nicht. Ohne hier näher auf die Gründe einzugehen, sollte man feststellen, dass die Türken zum Beispiel in dem Einwanderungsland USA keine Gruppe sind, die unter Rassismus und Diskriminierung leidet.

Doch zurück nach Deutschland: Die politische Führung in diesem Land hatte von Beginn der Anwerbung bis 1998 kein Interesse und keinen Ehrgeiz, die Türken als Bürgerinnen und Bürger zu sehen und zu akzeptieren. Es war politisch bequemer und opportunistischer, an der Annahme, Deutschland sei ein homogenes Land mit einer homogenen „deutschen“ Gesellschaft, festzuhalten. Die Zugewanderten waren zwar da, aber sie gehörten in der Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft nicht wirklich dazu. Gäste auf Zeit halt. Unvergessen ist mir der Vorfall, den mir 1998 meine damals 9-jährige, in Köln geborene Tochter erzählte. Die Frau am Büdchen habe sie gefragt, ob sie in den Ferien nach Hause fahren würde. Man fährt in den Ferien doch nicht nach Hause, habe sie der Frau gesagt, sondern weg! Nach Hause würde man dann zurückkommen. Die 9-jährige war der Meinung, dass ihr Zuhause hier sei, die Verkäuferin verortete das Kind in der Türkei.

7 Helmuth Plessner, Die verspätete Nation – Das Schicksal deutschen Geistes im Ausgang seiner bürgerlichen Epoche, 1934.

Auch der Sozialdemokrat Gerhard Schröder, Kanzler ab 1998, setzte bei der Ausländerpolitik gerne aufs Populistische. Sein berühmtes „Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: raus, und zwar schnell“ hat es inzwischen in die Zitatensammlung deutscher Politiker geschafft. Sein Innenminister Otto Schily war der Mann fürs Grobe und deckte die rechte Flanke der Partei ab. Trotzdem: Mit der rot-grünen Regierungskoalition 1998 setzte die Politisierung des Migrations-Integrationsthemas ein. Bis dahin war das Thema ein pädagogisch-sozialarbeiterisches gewesen. Die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts vom *ius sanguinis* zu *ius soli* war ein Paradigmenwechsel, der aus Ausländer*innen Staatsbürger*innen machte. Das verringerte zwar nicht die Zahl der Rassist*innen, gab aber den Neubürgern ein anderes Selbstbewusstsein. Vielleicht ist dieses Datum auch der Anfang eines Prozesses, die bis dahin nicht hinterfragte Dominanz der Mehrheitsgesellschaft in Frage zu stellen. Wie oft hatte ich in meiner Jugend von Nicht-Deutschen die Worte „Wir sind nur Gäste hier, wir müssen den Mund halten.“ gehört.

Der Türke – das ewige Problemkind

Seit Beginn der 70er Jahre sind die Türken die größte Gruppe in Deutschland. Ja, mehr noch: Alle „nicht-Deutsch“ aussehenden Menschen – dieser Screeningprozess ist zu der Zeit noch sehr üblich – werden als Türken wahrgenommen und bei den Türken subsumiert. Auch dieser Tatsache ist es zu verdanken, dass sie zur Folie für den unangepassten Ausländer wurden. Auf diese Gruppe wurden alle vermeintlichen Probleme und Unzulänglichkeiten im Zusammenleben mit Ausländern fokussiert und projiziert. Die Türken als Projektionsfläche sorgten auch dafür, dass eine größere Annäherung mit den anderen Ausländergruppen stattfand. Sozialpsychologisch gesprochen wurden die Türken mit der Zeit als immer fremder wahrgenommen als sie es jemals waren oder sind, obwohl die Integrationsindikatoren (Spracherwerb, interkulturelle Kontakte, Bildung, Wohnverhältnisse, Arbeitsmarkt) insgesamt nicht schlechter waren als bei anderen Zuwanderergruppen, wie beispielsweise bei den Italienern, die aber qua Religion und europäischer Zugehörigkeit gesellschaftlicher akzeptierter waren als die Türken. Die Italiener waren eben „integrierter“. Das Wort Integration war inzwischen auch beim Mainstream angekommen, wurde jedoch sehr beliebig benutzt. Sogar Helmut Schmidt greift 2004 auf dieses Konzept zurück, wenn er im Zusammenhang mit der Vernachlässigung der Probleme der Türken sagt: „Das Wort Vernachlässigung ist insofern zutreffend, als die Deutschen und andere Europäer etwa seit den 60er Jahren versäumt haben, die bei uns aus fremden Kulturkreisen lebenden Menschen zu integrieren.“ Allerdings übersieht er in diesem Satz zwei Fakten. Zum einen wird nicht deutlich, was „Integration“ meint und zum zweiten, dass in der Politik der 60er Jahre der Verbleib der ausländischen Arbeitskräfte überhaupt nicht vorgesehen war.

An dem Wort Integration kann man übrigens sehr schön verfolgen, wie Worte sich abnutzen, negativ besetzt werden und dann vermeintlich ersetzt werden müssen. Irgendwann wurde das Wort Integration als Zumutung empfunden und durch die Worte Inklusion, Akkulturation, Teilhabe, Partizipation ersetzt, je nach Zusammenhang mit den Attributen gesellschaftlich, kulturell oder politisch angereichert. Dabei ist allein das Konzept der Integration komplett überflüssig. Ein Einwanderungsland wie Deutschland braucht lediglich eine transparente Einwanderungs- und eine entschiedene Anti-Rassismuspolitik. Eine offene Gesellschaft braucht keine Integrationspolitik. Schon saloppe Formulierungen wie „Wer die Gesetze achtet, wer seine Steuern zahlt, seine Kinder in die Schule schickt – ist integriert“, haben sehr offene Flanken, wenn man sich vergegenwärtigt, wer alles die Gesetze nicht achtet oder Steuern hinterzieht.

Aber Integration wurde und wird als eine Art Zauberwort gehandelt, das alle Probleme löst. Allerdings gibt es dabei einen Haken. Die Mehrheitsgesellschaft erwartet gerade von den Türken, dass sie erst zu den Eliten aufsteigen, bevor sie als „integriert“ akzeptiert werden. Auch 2021 kann man diese Sichtweise sehr schön am Beispiel des Forscherehepaares Uğur Şahin und Özlem Türeci, den Entdeckern des Impfstoffs gegen Corona, aufzeigen. Überall wird die „gelungene Integration“ der beiden „vom Gastarbeiterkind zum Krebsforscher und Milliardär“ angepriesen und sie werden als role model dargestellt. Man bräuchte noch mehr Sahins und Türecis, heißt es weiterhin. Vielleicht sollte man sich vergegenwärtigen, dass sie zu den 100 reichsten Menschen in Deutschland zählen. Sollen wir mit der Wahrnehmung der Integrationsleistung von Türken abwarten, bis mindestens 50 der reichsten Menschen in Deutschland türkischstämmig sind? Dann könnte aber schon wieder der Neidfaktor eintreten. Es sollte nicht verschwiegen werden, dass gerade die Erfolgreichen Zielscheibe von Rassisten sind.

Ist Integration doch eine Einbahnstraße?

60 Jahre nach Beginn der Arbeitsmigration werden die Türken immer noch als eine Gruppe außerhalb des Mainstreams wahrgenommen, unabhängig davon, wo der Einzelne gesellschaftlich steht. Immer noch fehlt es an den drei K's, die nötig wären, um Vorurteile abzubauen und damit Diskriminierung und Rassismus keinen Raum zu geben: Kenntnis, Kommunikation, Kontakte. Ich vergleiche das Wissen der Deutschen über Türken gerne mit der Gleichung von den Blinden und dem Elefanten. Je nachdem, wo ein Blinder einen Elefanten anfasst, fühlt er etwas anderes; er erfasst also nur einen Teil des Ganzen. So ähnlich verhält es sich auch mit dem Wissen über die Türken. Jeder hat seinen bescheidenen Erfahrungsschatz, von dem er ein Leben lang zehrt. Lehrer*innen erzählen 20 Jahre nach ihrer Pensionierung immer noch von ihren Erlebnissen mit ihren Schülern und Schülerinnen, Politiker*innen von ihren Moscheebesuchen. Kontakte beschränken sich auf institutionelle und geschäftliche Belange oder die berühmten Straßenfeste und Einladungen zu einer Hochzeit. Der Horizont des Durchschnittsdeutschen hört auch spätestens dort auf. Die Beziehungen laufen immer über die Konstruktion des anderen. Oder wie ein Freund einmal sagte „Ich bin und bleibe der türkische Kollege. Ich zweifle, ob ich es schaffe, in diesem Leben einfach zum Kollegen aufzusteigen.“

Diese und ähnliche Erlebnisse haben bei den älteren Türken weniger Eindruck hinterlassen als bei den jungen Menschen, die hier geboren und groß geworden sind und gesellschaftlich ankommen wollen. Sie sind im selben Land geboren wie ihre Altersgenossen, haben die gleichen Schulen und Ausbildungswege durchlaufen, haben aber immer noch unter Ausgrenzung und Diskriminierung zu leiden. Für sie sind diese sich kaum verändernden Sichtweisen der Mehrheitsgesellschaft Ausdruck des Alltagsrassismus.

Das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum sie sich – analog den Schwarzen in den USA – inzwischen als „schwarze Deutsche“ bezeichnen und zum Teil hartnäckig darauf bestehen, dass man ihre Sicht – und Sprechweise übernimmt. Ich erlebe dieses Vorgehen als eine Art Verzweigungstat von Menschen, die um Anerkennung kämpfen. Dennoch muss darauf hingewiesen werden, dass es die Fortsetzung des Wir und Ihr mit umgekehrten Vorzeichen ist. Jetzt sollen „weiße Deutsche“ ausgeschlossen werden, weil sie sich angeblich nicht in das Leid einfühlen können, welches Rassismus auslöst. Taugt diese Form des Umgangs miteinander zur Bekämpfung des Rassismus? Wenn Demokrat*innen der Mehrheitsgesellschaft das Recht abgesprochen wird, Teil des anti-rassistischen gesamtgesellschaftlichen Ganzen zu sein? Dafür rassistische Türk*innen zum Wir gehören sollen? Wohl kaum. Erst in der Solidarität und Koalition aller Demokraten entsteht eine wirksame Kraft gegen

Rassismus. Nicht in den vereinzelt Identitätsblasen. Und diese Solidarität der Demokraten braucht die Gesellschaft dringend.

In einem Land, in dem circa 20 Prozent der Bevölkerung nationalistischem und rassistischem Gedankengut nicht abgeneigt sind, in dem eine faschistische Partei wie die AfD Wahlerfolge um die 10 Prozent verbuchen kann, sind Türken auch 2021 ein natürliches Ziel der Rassisten. Die Gründe liegen auf der Hand: Sie sehen anders aus, sie haben eine andere Religion und sie haben augenscheinlich eine andere Kultur. Sie sind erfolglos, oder sie sind zu erfolgreich. Ich könnte noch weitere Argumente aufzählen, warum der Rassismus gegen die Türken in Deutschland zuschlägt. Aber – wozu? Der Rassist braucht keine Argumente, um rassistisch zu sein.

Solingen, Mölln, die NSU-Morde und das Attentat in Hanau vor einem Jahr zeigen in aller Deutlichkeit, dass Menschen aus der Türkei schon seit 30 Jahren Opfer von Rassismus sind. Und das nicht nur verbal. In dem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, dass vor allem die NSU-Morde die türkische Community traumatisiert haben. Wie konnte es sein, dass eine Gruppe von Menschen – waren es wirklich drei Leute? – mordend durch die Republik zog, ohne dass der Rechtsstaat zehn Jahre lang diesen Mördern auf die Schliche kam? Auch die enttäuschende Aufklärung der NSU-Morde hat das Vertrauen in den Rechtsstaat bei vielen erschüttert und die Frage aufgeworfen, ob das vielleicht eine Variante des strukturellen Rassismus ist, dem man auch bei anderen Behörden begegnet? Hat der Staat den Zusammenhang zwischen den Morden und ihrem rassistischen Hintergrund möglicherweise nicht sehen wollen? Oder nicht sehen können, weil der Rassismus in unserer Gesellschaft so selbstverständlich präsent ist? Letztendlich, so das Empfinden vieler junger Leute, sind wir immer die anderen. Wir gehören nicht dazu. Wenn es uns betrifft, ist der Staat viel gemächlicher in der Aufklärung von Verbrechen. Oder er schaut einfach weg.

Oder das Wort „Döner-Morde“, das von den Medien im Zusammenhang mit den NSU-Taten kreiert wurde. Eine Klatsche ins Gesicht aller Betroffenen. 2011 wurde das Wort „Döner-Morde“ zum „Unwort des Jahres“ gewählt. Die Begründung der Jury war eine Art Wiedergutmachung für die Migranten: „Mit der sachlich unangemessenen, folkloristisch-stereotypen Etikettierung einer rechtsterroristischen Mordserie werden ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt und die Opfer selbst in höchstem Maße diskriminiert, indem sie aufgrund ihrer Herkunft auf ein Imbissgericht reduziert werden.“⁸

Zwischenbilanz

Die Beschäftigung mit dem Thema Rassismus in Deutschland wird nie zu Ende gehen. Denn der Rassismus wird sich nicht ausrotten lassen wie eine übertragbare Krankheit. Aber vielleicht lässt sich eine Art Zwischenbilanz ziehen, wenn man auf die 60 Jahre Zuwanderungsgeschichte der Türken nach Deutschland schaut. Können wir es wagen, optimistisch in die Zukunft zu schauen, was das Zusammenleben von Türken und Deutschen in Deutschland angeht? Wird es möglich sein, das Spiel der Rechten und Rassisten zu durchkreuzen?⁹ Wird es möglich sein, strukturelle Diskriminierungen zu bekämpfen? Inwieweit ist der Staat bereit, sich gerade dafür zu engagieren?

8 Vergleiche hierzu auch das Interview: Im Fokus: Misstrauen, Enttäuschung, Entfremdung, Lale Akgün schildert die Folgen der NSU-Morde für die deutsch-türkische Gemeinschaft, in: Psychologie heute, September 2020.

9 Justus Bender, Der Plan – Strategie und Kalkül des Rechtsterrorismus, Matthes und Seitz Verlag, 2021.

Die Diversität der türkischstämmigen Menschen ist heute im Vergleich zu den Anfängen der Migration beachtlich. Sie lassen sich schon lange nicht mehr in eine Schublade stecken. Eine Gauß'sche Kurve haben wir immer noch nicht, wenn man die knapp drei Millionen Türkischstämmigen für sich betrachtet. Aber es gibt eine erstaunliche Bandbreite an Lebenswirklichkeiten; bis dahin, dass es inzwischen auch Türken in der AfD gibt. Aber auch das ist wahrscheinlich ein Schritt auf dem Weg in die Normalität. Wie man Normalität auch immer definieren mag. Auch Deutschland hat sich in diesen 60 Jahren enorm verändert. Aus einer vermeintlich homogenen Gesellschaft ist eine heterogene Einwanderungsgesellschaft geworden, die sich mit dieser Tatsache auseinandersetzen muss und auch in der Lage ist, unterschiedlichste Lebensentwürfe zu ertragen.

Mehr brauchen wir auch nicht: Die Zukunft soll von einer demokratischen Gesellschaft gestaltet werden, die stark genug ist, Differenzen zu ertragen und deren Mitglieder sich auf Augenhöhe begegnen. Respektvoll. Von Liebe war nie die Rede.